

In: Chantal Metzger / Hartmut Kaelble (Hg.): Deutschland – Frankreich – Nordamerika: Transfers, Imaginationen, Beziehungen, Stuttgart: Steiner 2006, S. 35-50

Ost-West-Entspannung aus amerikanischer, deutscher und französischer Sicht

Gottfried Niedhart

Weltpolitischer Wandel im Übergang von den 1960er zu den 1970er Jahren

Im Jahrzehnt von der Mitte der 1960er bis zur Mitte der 1970er Jahre erfuhren die internationalen Beziehungen in mehrfacher Hinsicht einen tiefgreifenden Wandel, der sich auch im Dreieck Washington – Bonn – Paris niederschlug. Als einer der Hauptakteure sprach Willy Brandt, von 1966 bis 1969 Außenminister und danach bis 1974 Bundeskanzler, „vom Übergang zu einem neuen Abschnitt europäischer Nachkriegsgeschichte“.¹ Die Nachkriegszeit war noch nicht vollständig beendet, aber ihre Strukturen begannen sich aufzulösen. Die „Imperien“ des Kalten Kriegs² zeigten Risse, seine „Konfrontationsmuster“³ sollten im Zeichen der Détente verändert werden.⁴ Entspannungspolitisch stimmten die Regierungen der USA, Frankreichs und der Bundesrepublik im Grundsatz überein. Über Fragen der politischen Umsetzung des allgemeinen Entspannungswillens und insbesondere der Auswirkungen der Détente kam es dagegen zu voneinander abweichenden Wahrnehmungen. Auf der einen Seite gelang die Deeskalation des Ost-West-Konflikts; auf der anderen Seite führten die nationalen Varianten von Entspannungspolitik innerhalb des westlichen Bündnisses zu neuen Konflikten, die nur im Kontext der internationalen Entwicklung zu verstehen sind.

Wenige Daten sollen andeuten, wie vielfältig sich der Wandel gestaltete. Blickt man auf Europa, so sind der Austritt Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO im Juli 1966, die mit der Konferenz von Den Haag im Dezember 1969 einsetzende zweite „Großphase“ der westeuropäischen Integration,⁵ die im August bzw. Dezember 1970 unterzeichneten Verträge der

¹ Willy Brandt, Erinnerungen, Frankfurt/Main 1989, S. 204. – Dieser Aufsatz basiert auf Forschungen, die der Autor zusammen mit Dr. Oliver Bange in einem von der Fritz Thyssen Stiftung finanzierten Projekt über „Die Rolle der Bundesrepublik in den Ost-West-Beziehungen 1968-1972“ betrieben hat.

² Dazu John L. Gaddis, *We Now Know. Rethinking Cold War History*, Oxford 1997, S. 26 ff.

³ Vojtech Mastny/Gustav Schmidt, *Konfrontationsmuster des Kalten Krieges 1946 bis 1956*, München 2003.

⁴ Jussi M. Hanhimäki, *Ironies and Turning Points: Détente in Perspective*, in: Odd Arne Westad (Hg.), *Reviewing the Cold War. Approaches, Interpretations, Theory*, London 2000, S. 326-342.

⁵ Franz Knipping, Rom, 25. März 1957. *Die Einigung Europas*, München 2004, S. 156.

Bundesrepublik mit der Sowjetunion und Polen, das Viermächteabkommen über Berlin vom September 1971, der Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten im Dezember 1972 und die mit dem Schlussdokument von Helsinki 1975 zu einem vorläufigen Abschluss kommende Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hervorzuheben.⁶ Auch auf der Ebene der Supermächte kam es zu vertraglichen Vereinbarungen, die ihre Beziehungen auf eine neue entspannungsorientierte Grundlage stellten. Das Gipfeltreffen zwischen Präsident Nixon und Generalsekretär Breschnew im Mai 1972, das zur Unterzeichnung von SALT I führte, eröffnete eine Aussicht auf die Beendigung des Wettrüstens. Kurz zuvor hatten die USA und die Volksrepublik China mit Nixons Besuch in Peking im Februar 1972 ein neues Kapitel ihrer Beziehungen aufgeschlagen. Bereits im Oktober 1971 war die Volksrepublik China Mitglied der UNO geworden.

Zusammen mit Europa und Japan gehörte China zu den aufsteigenden Mächten im internationalen System. Zwar dauerte die überkommene Bipolarität mit den USA und der Sowjetunion als Zentren an, doch war eine Tendenz zur Multipolarität in der Weltpolitik unverkennbar. Die Aufweichung der Nachkriegsstrukturen ließ sich auch an der epochalen Entscheidung der USA im August 1971 ablesen, vom Goldstandard abzugehen und damit das Ende des Systems von Bretton Woods einzuleiten.⁷ In dieselbe Richtung wies auch die weltweite Reform- und Protestbewegung, die sich chiffrageartig mit dem Jahr 1968 verbindet.⁸

Die USA und die Gefahr der imperialen Überdehnung

Der weltpolitische Wandel wurde in Washington, Paris und Bonn zum Teil übereinstimmend, zum Teil aber recht unterschiedlich perzipiert. Konsens herrschte darin, dass es im allgemeinen Interesse lag, auf die „Ära der Konfrontation“ in den Ost-West-Beziehungen eine „Ära der Verhandlungen“ folgen zu lassen, wie es Präsident Nixon zu Beginn seiner Amtszeit im Januar 1969 ausführte.⁹ In dem Bestreben, zu einer Entschärfung des Ost-West-Konflikts zu kommen, stand Nixon in der Kontinuität seiner beiden Vorgänger Kennedy und Johnson. Darüber hinaus konnte (und wollte) er auf den Erfahrungen aufbauen, die Staatspräsident de Gaulle als europäischer Pionier der Entspannungspolitik gemacht hatte.¹⁰ Auch die Bundesrepublik lag in der

⁶ Wilfried Loth, Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1998.

⁷ Harold James, Rambouillet, 15. November 1975. Die Globalisierung der Wirtschaft, München 1997, S. 131 ff.

⁸ Carol Fink/Philipp Gassert/Detlef Junker (Hg.), 1968: A World Transformed, Cambridge 1998; Jeremi Suri, Power and Protest. Global Revolution and the Rise of Détente, Cambridge, Mass. 2003.

⁹ William Bundy, A Tangled Web. The Making of Foreign Policy in the Nixon Presidency, New York 1999; Jussi Hanhimäki, The Flawed Architect. Henry Kissinger and American Foreign Policy, Oxford 2004.

¹⁰ Maurice Vaisse, La Grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958-1969, Paris 1998.

zweiten Hälfte der 1960er Jahre auf dieser Linie, als die Regierung der Großen Koalition die ersten Schritte einer deutlich neuen Ostpolitik unternahm.¹¹

Dass neben dieser grundsätzlichen Übereinstimmung aber in erheblichem Ausmaß voneinander abweichende Lagebeurteilungen und Meinungsverschiedenheiten über die Einschätzung der sowjetischen Politik und über Fragen der Verhandlungstaktik bestanden, war auf unterschiedliche Interessenlagen und Ausgangspositionen zurückzuführen. Für die Vereinigten Staaten resultierte der Wille zur Entspannung aus dem Zwang, der Gefahr der imperialen Überdehnung entgegenzutreten zu müssen. Die Nixon-Doktrin, mit der der amerikanische Präsident eine Begrenzung der weltpolitischen Verpflichtungen der USA zum Ausdruck brachte, war der Versuch, darauf angemessen zu reagieren. Der Krieg in Vietnam hatte nicht zu dem erwünschten Ergebnis geführt, verschlang aber Menschenleben und materielle Mittel in einem Umfang, der nicht mehr verkraftbare negative Auswirkungen auf die Staatsfinanzen, die wirtschaftliche Lage und den innenpolitisch-gesellschaftlichen Zusammenhalt hatte.

Hinzu kam, dass die Sowjetunion als weltpolitischer Gegenpol, der seit Beginn des Kalten Kriegs als Bedrohung für die eigene Sicherheit perzipiert worden war, den Status der militärischen Parität erreicht hatte. Die USA sahen sich mit einer Situation konfrontiert, in der sie sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch nie befunden hatten. In Vietnam erfuhren sie die Grenzen ihrer Macht und im Verhältnis zur Sowjetunion war ihre Überlegenheit zwar wirtschaftlich immer noch gegeben, militärisch aber in Frage gestellt. Die eigene Sicherheit beruhte nicht mehr auf dem gewohnten Sicherheitsvorsprung, so dass es, um das möglicherweise ruinöse Wettrüsten zu bremsen, einer Verhandlungslösung mit dem Ziel eines Gleichgewichts des Schreckens bedurfte. Die amerikanische Ausgangsposition war zu Beginn der Ost-West-Entspannung von einem Gefühl des relativen Machtverlusts geprägt. „Werden die USA weiterhin eine große Nation sein, die Nummer Eins?“ So lautete im August 1971 Nixons nervöse Frage.¹² Entspannungspolitik hatte aus Washingtoner Perspektive die Funktion, in einer Phase umfassenden weltpolitischen Wandels Stabilität zu wahren und an einer globalen, mit der Sowjetunion abgestimmten Interessendefinition festhalten zu können.

Die Bundesrepublik und ihr Interesse an Entspannung in Europa

¹¹ Dirk Krögel, *Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition*, München 1997; Klaus Schönhoven, *Wendjahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969*, Bonn 2004. Demnächst auch die Habilitationsschriften von Philipp Gassert, *Kurt Georg Kiesinger 1904-1998. Kanzler zwischen den Zeiten*, Heidelberg 2004 (Ms.) und Oliver Bange, *Ostpolitik und Détente in Europa. Die Anfänge 1966-1969*, Mannheim 2004 (Ms.).

¹² H.R. Haldeman, *The Haldeman Diaries: Inside the Nixon White House*, New York 1994, S. 344.

Im Unterschied zur Weltmacht USA, die sich nicht nur in Europa mit der Sowjetunion konfrontiert sah, sondern auch im Nahen und Mittleren Osten, wo seit dem Sechstagekrieg 1967 ein ebenfalls zum weltpolitischen Wandel beitragender Konflikt deutlicher als zuvor sichtbar wurde, befand sich die Regionalmacht Bundesrepublik Deutschland in einer Lage, die durch relativen Machtzuwachs und zunehmendes internationales Gewicht gekennzeichnet war. Sicherheitspolitisch war die Bundesrepublik von den USA abhängig. Die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei im August 1968, die zu einer sowjetischen Truppenmassierung in Böhmen geführt hatte und in der Bundesrepublik ein in diesem Ausmaß lange nicht mehr gekanntes Gefühl des Bedrohtseins aufkommen ließ, führte dies konkret vor Augen. In völliger Übereinstimmung mit Washington gelangte Bonn aber zugleich zu der Einschätzung, dass die nun vorgeschobene Position der Roten Armee der Sicherung des sowjetischen Imperiums diene und bei nüchterner Betrachtung keine Implikationen für die westliche Sicherheit hatte. Es war nur konsequent, den bisherigen Entspannungskurs nicht in Frage zu stellen.

Auch aus Gründen des Eigeninteresses war für die Bundesrepublik ein Eintreten für Entspannung in Europa geboten. An der Nahtstelle des Ost-West-Konflikts gelegen, konnte die Bundesrepublik als Zivilmacht und Handelsstaat nur gewinnen, wenn die Beziehungen zur Sowjetunion und den anderen Ländern des Warschauer Pakts verbessert wurden. Nur „in Zeiten der Entspannung“ konnte das Gewicht europäischer Staaten „richtig zum Tragen kommen“, konstatierte Bundesminister Bahr 1973 im Gespräch mit dem französischen Außenminister Jobert.¹³ Mehr noch als für Frankreich traf dies für die Bundesrepublik zu. Sie war Ende der 1960er Jahre in den Kreis der „Hauptakteure“ auf der internationalen Bühne eingetreten¹⁴ und begann damit eine Rolle einzunehmen, die sich deutlich von den Anfängen westdeutscher Außenpolitik unterschied und die von einem Zustand der Entspannung nur profitieren konnte. Dem schon von Adenauer beharrlich verfolgten Ziel der Gleichberechtigung schien die Bundesrepublik ein gutes Stück näher gekommen zu sein. Dies hing mit dem wirtschaftlichen, aber auch mit dem politischen und militärischen Gewicht zusammen, das sie in die NATO und in die europäischen Institutionen einbrachte, ferner mit der beginnenden Auflösung der bipolaren Struktur der internationalen Politik im Zeitalter der Détente.

¹³ Egon Bahr, damals Bundesminister für besondere Aufgaben, zu Jobert 19.11.1973. Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD), Dep. Bahr 302/4.

¹⁴ Siehe schon die zeitgenössische Analyse von Karl Kaiser, die vom Londoner Royal Institute of International Affairs publiziert wurde: *German Foreign Policy, in Transition. Bonn Between East and West*, London 1968, S. 1: „For the first time since the Third Reich's total defeat more than two decades ago, Germany, or at least her Western part, again seems about to become a major actor in international politics.“

Parallel zu den in innenpolitisch-gesellschaftlicher Hinsicht „dynamischen Zeiten“¹⁵ trat die Bundesrepublik auch auf dem Feld der Außenbeziehungen in ihre zweite Formationsphase ein.¹⁶ In der Selbstwahrnehmung ihrer Führungsschicht ging es darum, den internationalen Handlungsspielraum zu erweitern und, wie Brandt des rückblickend ausdrückte, die „eigenen Dinge selbst vertreten“ und „insofern ‚gleicher‘ als zuvor“ werden zu wollen.¹⁷ Auf eine ältere Formulierung Brandts zurückgreifend stellte Bahr mit der ihm eigenen Prägnanz zu Beginn der Regierung der Großen Koalition fest, die Bundesrepublik sei „erwachsen“ geworden und habe begonnen, „ihre eigenen Interessen zu definieren, ihre Möglichkeiten und ihre Rolle zu analysieren und in praktische Politik umzusetzen.“¹⁸ Der britische Botschafter glaubte Anfang 1969, in Bonn ein „neues Bewusstsein von nationalem Interesse und von Macht“ bemerken zu können.¹⁹ Auch der kleinere Partner in der sozialliberalen Regierung, die im Herbst 1969 den „Machtwechsel“ herbeiführte, verlieh dem neuen Selbstbewusstsein Ausdruck, wenn von einem „höheren Maß an Verantwortung“ der Bundesrepublik „für die europäische Politik“, von „weltweitem Engagement“ und von Mitsprache in „weltpolitischen Fragen“ die Rede war.²⁰

Französische Détente politik in Konkurrenz mit deutscher Ostpolitik

Während sich die USA gezwungen sahen, Macht zu teilen, konnte die Bundesrepublik einen stetigen Anstieg ihres internationalen Gewichts und Handlungsspielraums verbuchen. Frankreich befand sich in einer Zwischenposition. Als formelle Siegermacht des Zweiten Weltkriegs mit ständigem Sitz im Sicherheitsrat der UNO und als Nuklearmacht spielte es eine herausgehobene Rolle, die sowohl innerhalb des westlichen Bündnisses als auch in den Ost-West-Beziehungen zur Geltung kam. De Gaulle zielte auf ein von den Supermächten unabhängigeres Europa, das im Westen unter französischer Führung stehen und im Osten auf dem Interessenausgleich mit der Sowjetunion

¹⁵ Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000.

¹⁶ Gottfried Niedhart/Oliver Bange, *Die „Relikte der Nachkriegszeit“ beseitigen. Ostpolitik in der zweiten außenpolitischen Formationsphase der Bundesrepublik Deutschland im Übergang von den Sechziger- zu den Siebzigerjahren*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 415-448.

¹⁷ Brandt (Anm. 1), S. 189.

¹⁸ Aufzeichnung Bahrs für Außenminister Brandt 30.1.1967. AdsD, Dep. Bahr 299/3.

¹⁹ Botschafter Jackling an Außenminister Stewart 9.4.1969. National Archives, Public Record Office, Kew (PRO), FCO 33/566.

²⁰ Walter Scheel, seit 1968 Vorsitzender der FDP und 1969 Außenminister in der sozialliberalen Regierung, in Reden auf Parteitag der FDP am 23.6.1969 und 23.10.1972. *Archiv des Liberalismus*, Gummersbach, A1/388 und 463. Wie Scheel betonte auch Ralf Dahrendorf, für kurze Zeit Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt, den Willen zu größerer Selbständigkeit: „Mir scheint es wichtig zu betonen [...], dass wir als erste Bundesregierung seit langem eine unabhängige und selbständige deutsche Außenpolitik betreiben. Mir liegt daran, deutlich zu machen, dass wir mehr sind als nur loyale Mitläufer, dass wir in unserer äußeren Politik eigene Ziele und Interessen verfolgen.“ Dahrendorf am 26.4.1970 vor dem Hauptausschuss der FDP. Ebd. A12/88.

beruhen sollte. Die Zwangsjacke des Kalten Kriegs mit dem amerikanisch-sowjetischen Kondominium über den Rest der Welt glaubte der französische Staatspräsident als Pionier europäischer Entspannungspolitik abschütteln zu können. Als erstes westliches Land betrieb Frankreich mit der Sowjetunion ein „Labor der Entspannung“²¹ und vereinbarte vertraglich die Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten und gegenseitige Konsultationen.²²

Im Verhältnis zu den USA verfolgte de Gaulle eine Doppelstrategie. Einerseits sollten die USA an Europa gebunden bleiben, andererseits galt es, ein höheres Maß an Autonomie Europas durchzusetzen. Sicherheitspolitisch waren die Vereinigten Staaten ein lebenswichtiger Faktor, nicht zuletzt im Hinblick auf die Eindämmung der Bundesrepublik. Ansonsten sollte der Einfluss der USA auf die europäische Politik reduziert werden.²³ Im Zusammenhang damit stand auch seine beharrliche Ablehnung einer britischen EWG-Mitgliedschaft, die er nicht zuletzt wegen der Sonderbeziehungen Großbritanniens zu den USA ablehnte. Die Ära de Gaulle endete freilich in einer Sackgasse. Die Selbstwahrnehmung als unabhängige Großmacht fand keine Entsprechung in der eigenen Gestaltungsmacht. In den Ost-West-Beziehungen blieben die USA der entscheidende Gegen- und Mitspieler der Sowjetunion. Darüber hinaus durchkreuzte die Sowjetunion selbst mit ihrem Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968 auf brutale Weise die auf Lockerung der Blöcke abzielende Osteuropapolitik Frankreichs. Vor allem aber traf der französische Führungsanspruch in Westeuropa auf eine Bundesrepublik, die Mitführungsmacht sein wollte, für den EWG-Beitritt Großbritanniens plädierte und mit ihrer neuen Ostpolitik Frankreich den Rang als privilegierter Partner der Sowjetunion ablief.

Die deutsch-französische Konkurrenzsituation²⁴ hing auch damit zusammen, dass beide Regierungen ähnliche, allerdings nicht deckungsgleiche Vorstellungen verfolgten. Willy Brandt sprach in seiner Amtszeit als Außenminister von „mehr Selbständigkeit auch im Verhältnis zu den USA“,²⁵ widerstand aber dem französischen Drang nach entschiedener Emanzipation von der westlichen Führungsmacht oder gar dem Versuch einer europäischen

²¹ So rückblickend im Jahr 1980 der sowjetische Botschafter in der DDR, Abrassimov, zum französischen Botschafter in Bonn, Brunet. Stiftung der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin, Zentralkomitee, Büro Axen, IV/2.035/66.

²² Marie-Pierre Rey, *La tentation du rapprochement. France et URSS à l'heure de la détente (1964-1974)*, Paris 1991.

²³ Dass es sich bei diesem Balanceakt der Europäer zwischen dem Angewiesensein auf die sicherheitspolitische Nabelschnur und dem Streben nach Emanzipation von den USA nicht nur um ein französisches Phänomen handelte, betont Marc Trachtenberg in der Einleitung des von ihm hg. Sammelbands: *Between Empire and Alliance. America and Europe during the Cold War*, Lanham 2003, S. VIII.

²⁴ Vgl. dazu auch Gottfried Niedhart, *Partnerschaft und Konkurrenz: Deutsche und französische Ostpolitik in der Ära Brandt und Pompidou*, in: Ilja Mieck/Pierre Guillen (Hg.), *Deutschland – Frankreich – Russland. Begegnungen und Konfrontationen*, München 2000, S. 345-371.

²⁵ Außenminister Brandt in einer Aufzeichnung vom 3.1.1967. Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1967, S. 15.

Gegenmachtbildung. Auch in der Politik gegenüber Osteuropa gab es einen Grundkonsens, aus dem heraus freilich wiederum zugleich gewisse Spannungen erwachsen. Wie erwähnt hatten beide Staaten ein Interesse an Entspannung und aktiven Ostkontakten. Im August 1969 stimmten Egon Bahr, damals Leiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt, und Léo Hamon, Staatssekretär im Büro des Ministerpräsidenten und Sprecher der französischen Regierung, darin überein, gerade auf dem Feld der Ostpolitik und des Osthandels den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag mit Leben erfüllen zu wollen. Der „Aufwand“ im Rahmen dieses Vertrags stehe bisher „in keinem Verhältnis zu den Ergebnissen“, und in den Ostbeziehungen verfolgten beide Regierungen „praktisch“ die „gleiche Politik“.²⁶ Darüber hinaus waren sich Bonn und Paris darin einig, dass Détente für die Westeuropäer nur vordergründig Stabilitäts- und Gleichgewichtspolitik nach amerikanischem Muster sein könne. Der eigentliche Sinn der Entspannung sei in der Überwindung des Status quo der europäischen Teilung zu sehen, also in der offensiven Komponente der Entspannungspolitik, die die Öffnung des sowjetischen Imperiums für den Westen und damit seine graduelle Auflösung zum Ziel habe. „Wir verstehen – wie Frankreich – unter Entspannung eine Voraussetzung zur Überwindung und nicht zur Bestätigung des Status quo,“ notierte Bahr Anfang 1967 anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen.²⁷ Georges Pompidou als Nachfolger de Gaulles im Präsidentenamt bekräftigte gegenüber Brandt diese Sichtweise, fügte allerdings im Sinne einer Ermahnung hinzu, wie wichtig die Beachtung des Zeitfaktors und einer angemessenen Methodik sei. Es bedürfe eines langsamen und abgestimmten Vorgehens.²⁸

Reaktionen auf die Dynamik der Ostpolitik

Aus französischer Sicht bestand das Problem darin, dass die Ostpolitik eine Dynamik entwickelte, die der Bundesrepublik in der Gestaltung der Ost-West-Beziehungen rasch eine Schlüsselrolle zukommen ließ und ihr ohnehin gestiegenes Gewicht in der europäischen Politik noch einmal steigern musste. „Die Germanen drückten ihren Brustkorb wieder heraus. [...] Die Bundesrepublik nahm Frankreichs Platz ein und übernahm die Führung in Westeuropa,“ lautete der konsterniert klingende Kommentar des französischen Botschafters in Bonn, als die Bundesregierung sich Ende 1968 weigerte, dem dringenden Wunsch der Bündnispartner zu folgen und die DM aufzuwerten.²⁹ Nicht zuletzt aus der Sicht Frankreichs, dessen Devisenreserven dramatisch

²⁶ Gespräch Bahrs mit Hamon 25.8.1969. AdsD, Dep. Bahr 441.

²⁷ Aufzeichnung vom 11.1.1967. AdsD, Dep. Bahr 441.

²⁸ Pompidou zu Brandt 10.2.1972. Marie-Pierre Rey, Georges Pompidou, l'Union soviétique et l'Europe, in: Association Georges Pompidou (Hg.), Georges Pompidou et l'Europe, Brüssel 1995, S. 147.

²⁹ François Seydoux, Botschafter in Deutschland. Meine zweite Mission 1965 bis 1970, Frankfurt 1978, S. 152.

geschmolzen waren, wäre dies wünschenswert gewesen.³⁰ Mit der neuen Ostpolitik drohte die angestammte französische Position vollends überrannt zu werden. Als sich im Mai 1970 die Umriss des im August unterzeichneten deutsch-sowjetischen Vertrags abzeichneten, musste man sich am Quai d'Orsay eingestehen, dass der Handlungsspielraum der Bundesrepublik erheblich zugenommen hatte, während sich Frankreich in einer „position d'infériorité“ wiederfinde.³¹

In zwei Aufzeichnungen für Außenminister Maurice Schumann hielt der stellvertretende Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium fest, dass die zwischen Gromyko und Bahr ausgehandelten Ergebnisse einem „traité de paix en Europe“ gleichkämen. In der Tat wurden in Moskau nicht nur bilaterale Fragen besprochen, sondern auch Belange, die andere Länder – so etwa Polen – berührten; ferner Themen, die Deutschland als Ganzes und Berlin betrafen und die an sich ausschließlich in den Kompetenzbereich der Vier Mächte gehörten. Die sich nun anbahnende Lösung europäischen Zuschnitts widerspreche zwar nicht unbedingt den nationalen Interessen Frankreichs. Aber man müsse doch zur Kenntnis nehmen, dass sie ohne französische Beteiligung zustande gekommen sei. Obwohl Europa insgesamt berührt war, blieben die Bundesrepublik und die Sowjetunion, „les deux autres grandes puissances du continent“, unter sich. Deutlicher konnte das in Paris vorherrschende Gefühl über den relativen Einflussverlust Frankreichs kaum artikuliert werden. Die Bundesrepublik hatte den Status einer „grande puissance“ auf dem europäischen Kontinent wieder erlangt und war als eigenständiger Akteur, der sich aus der Vormundschaft der Westmächte löste, in die große Politik zurückgekehrt. Ob darüber hinaus auch die deutsche Frage in Bewegung kommen würde, blieb abzuwarten. Freilich gab es in diesem Punkt die mächtige Rückversicherung des französisch-sowjetischen Tandems. Es liege sowohl im französischen als auch im sowjetischen Interesse, ein wachsendes Auge auf die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen zu haben.³²

In der durch die Ostpolitik hervorgerufenen Unsicherheit blickte Frankreich auf beide Supermächte als Garanten dafür, dass die deutsche Politik kontrolliert blieb. Schon während der Krise um die Tschechoslowakei 1968 fiel auf, dass Frankreich die Sowjetunion ent- und die Bundesrepublik beschuldigte. Verantwortlich für die sowjetische Intervention, die als „Verkehrsunfall“ auf der Straße der Entspannung hingestellt wurde, sei letztlich die Bundesrepublik mit ihrer allzu forciert betriebenen Annäherung an die Tschechoslowakei. Dadurch habe sich Moskau zutiefst verunsichert, ja provoziert gefühlt und sich zum

³⁰ Andreas Wilkens, *Der unstete Nachbar. Frankreich, die deutsche Ostpolitik und die Berliner Vier-Mächte-Verhandlungen 1969-1974*, München 1990, S. 40 f.

³¹ Memorandum der Mitteleuropa-Abteilung des französischen Außenministeriums 29.5.1970. Archives du Ministère des Affaires Étrangères, Paris (AMAE), Série Europe 1944-1970, Sous-Série République Fédérale d'Allemagne (Allemagne) 1540.

³² Aufzeichnungen von J.D. Jurgensen vom 8.6. und 16.7.1970. Ebd. 1541.

Handeln gezwungen gesehen.³³ Da die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ keine nachhaltig negativen Auswirkungen auf die gemeinsame deutsch-sowjetische Entspannungsbereitschaft hatte, erschien die Sowjetunion freilich wenig geeignet, um die Dynamik der Ostpolitik im Zaum zu halten. Anders verhielt es sich mit den USA, die es – wie Frankreich auch – begrüßten, dass die Bundesrepublik endlich die Nachkriegsrealitäten und den territorialen Status quo respektierte und die Lösung der deutschen Frage Fortschritten in der Ost-West-Entspannung nachordnete. Gleichzeitig wurde auch in Washington keineswegs übersehen, dass die Bundesrepublik sich nicht nur dem Primat der Détente unterwarf und dem Wandel in den Ost-West-Beziehungen anpasste, sondern auch selbst eine Quelle des Wandels geworden war.

Welche Implikationen dies für ihre Stellung im westlichen Bündnis und für die Kohärenz der NATO haben würde, war eine in den westlichen Hauptstädten häufig gestellte Frage. Willy Brandt hat in seinen Memoiren verschiedene Grade der Besorgnis unterschieden. Nach seinen Eindrücken war das „Misstrauen“ gegenüber der Ostpolitik in London „am wenigsten“ ausgebildet. In Paris dagegen habe es zwischen „sanftem Verständnis und wilder Spekulation“ geschwankt. Das Weiße Haus in Washington schließlich habe „erhebliche Vorbehalte“ erkennen lassen, die zum Teil aus gekränkter Eitelkeit herrührten. Die Bundesregierung informierte zwar, fragte aber nicht „um Erlaubnis“.³⁴ Brandts Einschätzung entspricht dem Befund, der sich auch aus den Akten ergibt. Zugespitzt formuliert, sah Frankreich seinen Status als Siegermacht untergraben und fürchteten die USA ein Wiederaufleben des deutschen Schwankens zwischen Ost und West.

Französisch-amerikanischer Dialog

Über all diese Fragen kam es seit 1969 zu einem bemerkenswerten französisch-amerikanischen Dialog.³⁵ Noch während der auslaufenden Präsidentschaft de Gaulles war ein gewisser Neuanfang in den Beziehungen zwischen beiden Ländern zu verzeichnen, der bestätigt wurde, als Georges Pompidou im Juni 1969 ins Elysée einzog. Wie de Gaulle wehrte sich auch Pompidou gegen eine übertriebene Anlehnung an die USA und trat für eine Stärkung Europas ein. Auf keinen Fall aber wollte er die USA aus Europa herausdrängen oder die

³³ Hierzu und zugleich zur Widerlegung dieser These Hans-Peter Schwarz, Die Regierung Kiesinger und die Krise in der CSSR 1968, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 (1999), S. 159-186. Vgl. auch Klaus Hildebrand, Die tschechoslowakische Krise vom August 1968. Frankreichs Haltung gegenüber der Bonner Republik im Spiegel der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“, in: Wolfgang Elz/Sönke Neitzel (Hg.), Internationale Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Winfried Baumgart zum 65. Geburtstag, Paderborn 2003, S. 449-458.

³⁴ Brandt (Anm. 1), S. 189, 191.

³⁵ Näher dazu Gottfried Niedhart, Frankreich und die USA im Dialog über Détente und Ostpolitik 1969-1970, in: Francia 31/3 (2004), S. 65-85.

Beziehungen Frankreichs zu den Vereinigten Staaten vernachlässigen.³⁶ Von gemeinsamem Interesse waren Probleme der Weltpolitik (Ost-West-Beziehungen, Nahostkonflikt, Vietnam) und der internationalen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen sowie nicht zuletzt die deutsche Frage, das heißt der Gesamtkomplex der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte gegenüber Deutschland als Ganzem auf der einen und die Rolle der beiden deutschen Staaten in der Ost-West-Entspannung auf der anderen Seite.

Präsident Nixon reiste gleich zu Beginn seiner Amtszeit nach Europa, um mit mehreren NATO-Verbündeten die internationale Lage und die künftige amerikanische Außenpolitik zu diskutieren. Den Abschluss bildete vom 28. Februar bis zum 2. März 1969 Paris, wo es zu vier Unterredungen zwischen den beiden Präsidenten kam.³⁷ De Gaulle und Nixon waren sich darin einig, dass Détente das Gebot der Stunde sei. Der französische Staatspräsident machte längere Ausführungen über die von Frankreich erreichten Verbesserungen in den Beziehungen zur Sowjetunion, der er ein aufrichtiges Interesse an Entspannung mit dem Westen attestierte. Schon einen Monat später trafen beide am Rande der Beerdigungsfeierlichkeiten für Eisenhower erneut und zugleich ein letztes Mal vor de Gaulles Rücktritt zusammen. Nixon suchte einen Rat in der „zentralen Frage“, die „die Formulierung der amerikanischen Politik gewissermaßen dominiere“, in der Frage der Beziehungen zur Sowjetunion. Was sei davon zu halten, dass die Sowjetunion einerseits enorme Rüstungsprogramme verfolge, andererseits aber zu erkennen gebe, sie sei an einem Abbau von Spannungen interessiert. De Gaulles Antwort dürfte Nixon nicht völlig überzeugt haben, denn sie hob wiederum die defensive Ausrichtung der sowjetischen Politik hervor. Die Sowjetunion wolle sich unangreifbar machen und als mit den USA gleichberechtigte Supermacht auftreten können. Sie strebe aber nicht nach „Eroberungen im klassischen Sinn“. De Gaulles dringliche Empfehlung lautete, den direkten persönlichen Kontakt zu suchen.³⁸

Wie für alle europäischen Regierungs- bzw. Staatshäupter stand auch für de Gaulles Nachfolger bald nach Amtsübernahme eine Reise in die USA an, freilich die einzige, die Pompidou unternehmen sollte. Nixon bekräftigte bei dieser Gelegenheit den „neuen Geist“ im amerikanisch-französischen Verhältnis. Einigkeit herrschte darüber, dass die Sowjetunion nicht aufgrund eines Politikwechsels, sondern infolge bestehender Umstände an Entspannung interessiert war. Pompidou registrierte anerkennend, dass Nixon dem

³⁶ Zu den einzelnen Elementen von Pompidous Politik gegenüber den USA siehe Georges-Henri Soutou, *Le Président Pompidou et les relations entre les Etats-Unis et l'Europe*, in: *Journal of European Integration History* 6 (2000), S. 111 ff. Englische Fassung in Trachtenberg (Anm. 23), S. 157-200.

³⁷ Aufzeichnungen darüber in National Archives and Records Administration, College Park, Maryland (NARA), Nixon Presidential Materials (Nixon), National Security Council (NSC), VIP Visits (VIP) 916. Vgl. auch Frank Costigliola, *France and the United States. The Cold Alliance Since World War II*, New York 1962, S. 161 ff.

³⁸ Unterredung Nixons mit de Gaulle 31.3.1969. NARA, Nixon, NSC, Presidential-HAK Memcons (Pres-HAK) 1023.

französischen Bedürfnis nach Unabhängigkeit in der internationalen Politik Verständnis entgegenbrachte, und unterstrich, dass das Zeitalter der Bipolarität vergangen sei. Nixon seinerseits beeilte sich zu versprechen, es werde kein amerikanisch-sowjetisches Kondominium in der Weltpolitik geben. Bestand die von de Gaulle ausgelöste und von Brandt verstärkte Obsession der Amerikaner darin, es könnte der Sowjetunion gelingen, in Abstimmung mit einzelnen westeuropäischen Staaten zu einer selektiven Détente bei gleichzeitig andauernder Konfrontation mit den USA zu kommen, so vertrat es sich nicht mit dem Selbstverständnis der *grande nation*, wenn die Supermächte untereinander Regelungen verabredeten, die die internationale Ordnung insgesamt betrafen.³⁹

Entspannungspolitik und Spielarten von Entspannungsskepsis

Nicht nur die Bedenken der französischen Führung gegen eine amerikanisch-sowjetische Komplizenschaft spielten eine Rolle. Hinzu kam, dass Frankreich nur dann an vorderster Linie im Entspannungsprozess mitspielen konnte, wenn es in die Sowjetunion-Politik sowohl der USA als auch der Bundesrepublik einbezogen war beziehungsweise sich seinerseits mit einer aktiven Détente-Politik wirkungsvoll in Szene setzte. Die französische Regierung erinnerte an ihre eigene Pionierrolle und gab sich entschlossen, den von de Gaulle gewiesenen Weg mit den Etappen Détente, Entente und Kooperation fortzusetzen.⁴⁰ Wie aussichtsreich dieser Weg in der nächsten Zukunft erschien, wurde in Washington allerdings wesentlich pessimistischer beurteilt. Aus amerikanischer Sicht bestand zu wenig innerwestliche Abstimmung in der Détente-Politik.⁴¹ In der globalen Perspektive Washingtons häuften sich zudem im Herbst 1970 die Konflikte mit dem weltpolitischen Kontrahenten Sowjetunion. Im Nahen Osten waren die sowjetischen Absichten undurchsichtig. In Vietnam und bei SALT verhielt sich die Sowjetunion aus amerikanischer Sicht keineswegs konstruktiv. Détente weckte Ende 1970 in Washington, wo man einen „Krisenherbst“ hinter sich hatte,⁴² negative Assoziationen, wie Martin Hillenbrand, der Leiter der Europaabteilung im State Department, gegenüber Hervé Alphand, Generalsekretär im französischen Außenministerium, einräumte.⁴³ Am Quai d’Orsay registrierte man genau den Stillstand in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Alphand kritisierte

³⁹ Unterredung Nixons mit Pompidou 24.2.1970. Ebd., 1024. Insgesamt zu den französisch-amerikanischen Gesprächen auf der Basis der Pompidou-Papiere Eric Roussel, Georges Pompidou 1911-1974, Paris 1994, S. 350 ff.

⁴⁰ Pompidou an Nixon 29.10.1970. NARA, Nixon, NSC, Presidential Correspondence (PC), 752.

⁴¹ Im Verlauf von amerikanisch-britischen Gesprächen in Washington bezeichnete es Kissinger am 18.12.1970 als Aufgabe, „to avoid a differentiated détente in which the Soviets bought themselves time by making a selective relaxation with particular allies.“ NARA, Record Group 59: General Records of the Department of State (RG 59), 2657.

⁴² Henry Kissinger, White House Years, Boston 1979, S. 594 ff.

⁴³ Hillenbrand zu Alphand 10.12.1970. NARA, RG 59/2263.

nicht nur die Entspannungsmüdigkeit. Er stimmte auch mit der amerikanischen Politik im Nahen Osten, in Vietnam und in internationalen Finanzfragen nicht überein. Das Resümee seiner USA-Reise fiel in düsteren Farben aus. Die Vereinigten Staaten, das „mächtigste Land der Welt“, glichen in seinen Augen einem „treibenden Schiff“.⁴⁴

Die amerikanische Entspannungsskepsis stand in deutlichem Kontrast zu den Entspannungshoffnungen in Westeuropa, insbesondere in der Bundesrepublik. Alphands Visite in Washington fiel in eine Zeit der Krise in den deutsch-amerikanischen Beziehungen, die durch unterschiedliche Eindrücke darüber entstanden war, wie aussichtsreich eine Détente mit der Sowjetunion zum gegenwärtigen Zeitpunkt erschien. Einige Zeitungen auf beiden Seiten des Atlantiks sprachen schon von einer Vertrauenskrise. Nach französischer Einschätzung schwankte Washington zwischen Skepsis, Befangenheit und Misstrauen.⁴⁵ Bonn konnte auf die erfolgreichen Vertragsverhandlungen in Moskau und Warschau verweisen und drängte auf eine Forcierung der Verhandlungen über Berlin. Washington wehrte sich dagegen, dass die Bundesregierung das Verhandlungstempo bestimmen zu wollen schien und mahnte zu größerer Zurückhaltung.⁴⁶ Deutlicher wurden die Amerikaner im Meinungsaustausch mit der britischen Regierung. Nixon bezeichnete die Ostpolitik als „gefährliche Angelegenheit“.⁴⁷ Sicherheitsberater Kissinger relativierte die Worte seines Präsidenten und befand trotz aller Vorbehalte, noch sei nichts Gefährliches passiert.⁴⁸ Auch im französischen Außenministerium kam man zu diesem Urteil. Bisher habe die Ostpolitik nicht zu „größeren Komplikationen“ geführt.⁴⁹

In der Tat hatte die Bundesregierung keine Schritte unternommen, die als Verletzung bestehender Verpflichtungen oder westlicher Sicherheitsinteressen hätten interpretiert werden können. Dennoch herrschte in der französischen und amerikanischen Wahrnehmung der Ostpolitik ein ständiges Gefühl der Unsicherheit über die Auswirkungen der neuen Rolle Bonns in den Ost-West-Beziehungen. Auf der einen Seite wurde die Ostpolitik unterstützt, weil sie eine auch von den Westmächten begrüßte Normalisierung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nach sich zog. Auf der anderen Seite fand die Ostpolitik lebhaftere Unterstützung, weil sie eine auch von den Westmächten begrüßte Normalisierung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nach sich zog. Auf der anderen Seite schien es, als könnten Entwicklungen nicht ausgeschlossen

⁴⁴ Aufzeichnung der Osteuropa-Abteilung 3.12.1970. AMAE, Série Europe, Sous-Série URSS, 2654; Hervé Alphand, L'étonnement d'être. Journal (1939-1973), Paris 1977, S. 544.

⁴⁵ So ein Memorandum der Mitteleuropaabteilung des französischen Außenministeriums vom 4.12.1970. AMAE, Allemagne, 1547.

⁴⁶ Kissinger zu Botschafter Pauls 17.12.1970. AAPD 1970, S. 2294; Unterredung von Kanzleramtsminister Ehmke mit Kissinger in Washington 21.12.1970. AdsD, Dep. Ehmke, 1/HE AA 000788.

⁴⁷ Nixon zu Premierminister Heath 17.12.1970. PRO, FCO 7/1842.

⁴⁸ Ebd. und NARA, RG 59/2657.

⁴⁹ Memorandum der Mitteleuropaabteilung 4.12.1970. AMAE, Allemagne, 1547.

werden, die die Deutschland als Ganzes betreffende Nachkriegsordnung und die Kohärenz der europäischen und atlantischen Integrations- und Bündnisstrukturen zu verändern drohten.

Entspannung und Konflikt lagen dicht beieinander. Für die Bundesrepublik brachte die Ost-West-Entspannung ungeachtet der Normalisierung in den Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts keine Lösung des mit der Sowjetunion bestehenden Fundamentalkonflikts in der deutschen Frage. Daneben sah sich die Bundesrepublik infolge ihrer Ausgleichspolitik nach Osten mit bisher nicht bestehenden bündnisinternen Friktionen konfrontiert. Qualitativ unterschieden sich die Gegensätze allerdings erheblich. Handelte es sich im deutsch-sowjetischen Verhältnis „um einen echten Gegensatz der Interessen,“⁵⁰ so standen die innerwestlichen Beziehungen im Zeichen von möglicherweise aufkommenden Gegensätzen. Enthielt die Ostpolitik Risiken für die Verankerung der Bundesrepublik im Westen? Diese Frage stellten sowohl die westlichen Verbündeten, die zugleich ihre Rechte als Siegermächte und ihre Verantwortung für Deutschland als Ganzes behaupten wollten, als auch die CDU/CSU-Opposition in Bonn, die wiederholt versuchte, in den westlichen Hauptstädten Unterstützung für ihre Kritik an der sozialliberalen Ostpolitik zu erlangen.⁵¹

Gleichlaufende westliche Interessen und Eindämmung der Bundesrepublik

Obwohl Nixon und Kissinger mehr Sympathie für ihre „Freunde in der CDU“ als für die sozialliberale Regierung in Bonn hatten,⁵² unternahmen sie – ebenso wie Frankreich – niemals einen Versuch, die Ostpolitik zu blockieren. Ganz im Gegenteil: das amerikanische Interesse an einem Erfolg der Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Waffen (SALT) führte dazu, dass Washington auf den Erfolg der Ostpolitik, der aus der Sicht der Sowjetunion ein schlechthin zentrales Element in den Ost-West-Verhandlungen darstellte, geradezu angewiesen war. Die globale Détentepolitik auf der Supermächtebene war von der regionalen Entspannung in Europa, für die der Bundesrepublik – und nicht Frankreich – eine Schlüsselrolle zukam, nicht zu trennen. Wichtiger als die nie ausgeräumten Vorbehalte gegenüber den „Socialists“⁵³ erwies sich die tatsächliche Verklammerung der amerikanischen Détente mit der deutschen

⁵⁰ Bahr in einer Aufzeichnung vom 18.9.1969: „Das Hauptziel der sowjetischen Europapolitik ist die Legalisierung des Status quo. Das Hauptziel unserer Politik ist die Überwindung des Status quo. Es handelt sich hier um einen echten Gegensatz der Interessen.“ AAPD 1969, S. 1040.

⁵¹ Dazu Bernd Schaefer, „Washington as a Place for the German Campaign“: The U.S. Government and the CDU/CSU Opposition, 1969-1972, in: David C. Geyer/Bernd Schaefer (Hg.), *American Détente and German Ostpolitik, 1969-1972* (=Bulletin of the German Historical Institute, Suppl. 1), Washington D.C. 2004, S. 98-108.

⁵² Kissinger zum französischen Botschafter Lucet 7.8.1970. AMAE, *Allemagne*, 1542.

⁵³ So Kissingers Kurzbezeichnung für die Regierung der sozialliberalen Koalition in einem Memorandum für Nixon 20.10.1969. NARA, Nixon, NSC, Country Files Europe, 682.

Ostpolitik. In konkreten Fragen wie etwa den Viermächteverhandlungen über Berlin führte dies dazu, dass die USA eine wesentlich pragmatischere Haltung einnahmen als Frankreich, das sich auf einen strikten Rechtsstandpunkt stellen und am bestehenden Zustand in und um Berlin festhalten wollte. Verhandlungen würden nur der Sowjetunion nützen, warnte Pompidou die Amerikaner.⁵⁴

Damit manövierte sich Frankreich allerdings in die Selbstisolierung. Ausschlaggebend für Fortschritte in den Berlin-Verhandlungen war schließlich entgegen allen Prärogativrechten und Kompetenzen der Vier Mächte seit Anfang 1971 das Zusammenspiel zwischen Washington, Bonn und Moskau mit der Einbeziehung Bonns in informelle Gespräche hinter den Kulissen.⁵⁵ Auf der operativen Ebene der Ost-West-Beziehungen war die Bundesrepublik sowohl aus amerikanischer als auch aus sowjetischer Sicht der wichtigste europäische Akteur. Es traf durchaus zu, wenn Bahr im November 1969 vom gestiegenen „Gewicht der Bundesrepublik“ sprach. Es werde „in Ost und West politisch in Bezug auf Bonn gedacht.“ Gleichzeitig war Bahr bewusst, die Bonner Politik mit ihrem ostentativ zur Schau getragenen Selbstbewusstsein werde „Misstrauen“ hervorrufen, das durch „gelegentliche Worte der Bescheidenheit“ in Grenzen gehalten werden müsse.⁵⁶

Der Argwohn richtete sich nicht zuletzt speziell gegen Bahr selbst. Kissinger hielt ihn für einen deutschen Nationalisten⁵⁷ und es sollte einige Zeit dauern, bis sich zwischen beiden ein entspannter persönlicher Kontakt entwickeln konnte.⁵⁸ Auch Pompidou glaubte im Gespräch mit Nixon, nur in Bundeskanzler Brandt und dessen Loyalität zum Westen uneingeschränkt Vertrauen haben zu können. Bei Brandts Mitarbeitern wollte er schon Einschränkungen machen.⁵⁹ Pompidou und Nixon hielten die Bundesrepublik wegen der deutschen Frage für erpressbar und waren sich einig, dass die Ostpolitik nicht zu einer Abhängigkeit der Bundesrepublik von der Sowjetunion führen dürfe. Sie hatten freilich nicht nur die Gefahr, die sie nicht ausschließen wollten, vor Augen, sondern wussten auch, wie ihr zu begegnen war. Für die Erhaltung der Westbindung der Bundesrepublik stand der Nordatlantikpakt zur Verfügung. Er erschien in zweifacher Hinsicht nicht mehr so lebenswichtig wie zum Zeitpunkt seiner Gründung, denn die Bedrohung aus dem Osten hatte im Vergleich zu 1949

⁵⁴ Pompidou zu Kissinger 21.2.1970. NARA, Nixon, NSC, VIP, 916. Zu Pompidous Grundposition seine Aufzeichnung vom 26.3.1970. Archives Nationales, Paris, 5 AG 2/1009. Vgl. auch Georges-Henri Soutou, L'attitude de Georges Pompidou face à l'Allemagne, in: Pompidou (Anm. 28), S. 277 ff.; Andreas Wilkens, Accords et désaccords. La France, l'Ostpolitik et la question allemande 1969-1974, In: Ulrich Pfeil (Hg.), La République Démocratique Allemande et l'occident, Paris 2000, S. 368 ff.

⁵⁵ Siehe dazu David C. Geyer, The Missing Link: Henry Kissinger and the Back-Channel Negotiations on Berlin, in: Geyer/Schaefer (Anm. 51), S. 80 ff.

⁵⁶ Memorandum Bahrs 6.11.1969. AdsD, Dep. Bahr, 436.

⁵⁷ Kissinger (Anm. 42), S. 410.

⁵⁸ Aufzeichnung Bahrs über eine Unterredung mit Kissinger am 28.3.1972. AdsD, Dep. Bahr, 439/2. Vgl. auch Stephan Fuchs, „Dreiecksverhältnisse sind immer kompliziert“. Kissinger, Bahr und die Ostpolitik, Hamburg 1999, S. 190 ff.

⁵⁹ Unterredung zwischen Nixon und Pompidou 26.2.1970. NARA, Nixon, NSC, Pres-HAK, 1024.

nachgelassen und die Schwäche Westeuropas war behoben. Ein Thema aber war noch nicht erledigt, nämlich das „Problem Deutschland“. Eine von Anfang an gegebene Funktion der NATO besaß unverändert Geltung: die deutsche Frage im allgemeinen und die Bundesrepublik im besonderen unter Kontrolle zu halten.⁶⁰ Angesichts des „deutschen Problems“, mit dem laut Kissinger jede – und leider auch die jetzige – Generation konfrontiert sei,⁶¹ hatten die USA und Frankreich gemeinsam das fundamentale Interesse, die Dynamik der Ostpolitik zu kanalisieren. Die Eindämmung der Bundesrepublik, ein Axiom westlicher Deutschlandpolitik von Beginn an,⁶² hatte in der Phase der Détente von neuem an Aktualität gewonnen.

Resümee

Zusammenfassend ist zu betonen, dass im Übergang von den 1960er zu den 1970er Jahren innerhalb des westlichen Bündnisses Konsens über die Opportunität einer Entspannung zwischen Ost und West bestand. Der 1969 in Washington, Paris und Bonn erfolgte Führungs- und Regierungswechsel brachte mit Nixon, Pompidou und Brandt Politiker in verantwortliche Stellungen, die – wenn auch aus unterschiedlichen Motiven – eine Deeskalation des Ost-West-Konflikts anstrebten. Den Vereinigten Staaten ging es in einer zunehmend multipolare Züge annehmenden Welt um die Wahrung von Gleichgewicht und Stabilität. Frankreich wollte seinem Bedürfnis nach Eigenständigkeit als Großmacht Geltung verschaffen. Die Bundesrepublik strebte nach Regelungen, die die deutsche Frage offen hielten und Chancen für eine Liberalisierung des Ostblocks und Aufweichung des sowjetischen Imperiums boten. In allen drei Fällen stellte Entspannung den günstigsten Rahmen für die Verfolgung der jeweiligen als national belangvoll definierten Interessen dar.

Daraus ergaben sich unterschiedliche Schwerpunkte in der Sowjetunionpolitik. Sie wurden im Dreieck Bonn – Paris – Washington in zahlreichen bilateralen Kontakten und multilateral besetzten Gremien beraten und in ihren Grundsätzen aufeinander abgestimmt. Zu keinem Zeitpunkt erfolgte von einer der drei Regierungen eine Intervention, die einzelne politische Schritte hätte verhindern sollen. Keinem der drei Verbündeten unterliefen Verstöße gegen bestehende Verpflichtungen. Gleichzeitig aber gab es neben der Realität der praktischen Verlautbarungen, Absprachen und Verträge eine zweite Realität, die Realität der Wahrnehmungen von Politik, die Realität der Fragen und kritischen Vorbehalte. In einer Zeit allgemeinen weltpolitischen Wandels war in allen Hauptstädten die

⁶⁰ So Nixon zu Pompidou, ebd.

⁶¹ Kissinger zum französischen Botschafter 7.8.1970. AMAE, Allemagne, 1542.

⁶² Grundlegend dazu Wolfram F. Hanrieder, Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1994, Paderborn 1995, S. 27 ff.

Kernfrage darauf gerichtet, welche Entwicklung eine einmal eingeschlagene politische Richtung nach sich ziehen würde.

Aus deutscher Sicht gab es keine Alternative zur Westbindung mit der von den USA bereitgestellten Sicherheitsgarantie. Doch wie verlässlich war die amerikanische Präsenz in Europa? Ein europäisches Sicherheitssystem unter Beibehaltung, zugleich aber auch Relativierung der Rolle der Supermächte erschien in dieser Lage als dringend gebotene Zukunftsaufgabe. In welchem Umfang Frankreich, das während der Prager Krise 1968 keinerlei Solidarität mit der Bundesrepublik gezeigt hatte, in ein solches multipolares System einzubinden war, blieb abzuwarten. Frankreich und die USA wiederum sahen sich durch die deutsche Ostpolitik herausgefordert. Frankreichs Sorge, im Wettlauf nach Moskau ins Hintertreffen zu geraten, hatten die Vereinigten Staaten nicht. Gemeinsam aber war ihnen die Furcht vor einer ihnen unberechenbar erscheinenden Dynamik der Ostpolitik. Mit Hilfe bestehender westeuropäischer und transatlantischer Institutionen sollte sie eingedämmt werden. Entspannungspolitik führte zur Lockerung der Blockdisziplin in Ost und West und ließ nationale Eigeninteressen stärker hervortreten, als die im Kalten Krieg der 1950er und frühen 1960er Jahre der Fall sein konnte. Dass die Deutschen in einer Phase ohnehin gestiegenen Selbstbewusstseins ihre nationale Frage von neuem und nun in Annäherung an die Sowjetunion aufrollen würden, galt in Washington und Paris als ausgemacht. Wie weit die Bundesrepublik dabei in den Sog der sowjetischen Supermacht zu geraten drohte und ob die Westbindung sich als irreversibel erweisen würde, war eine Frage, die auch durch die immer wieder unter Beweis gestellte Selbstbindung der Bundesrepublik in Westeuropa und in der NATO nicht verstummte. Obwohl die Ostpolitik keine Anhaltspunkte für ein Wiederaufleben von Rapallo bot, geisterte das Gespenst von Rapallo in der westlichen Wahrnehmung noch immer herum.